Presseinformation zur Demo: „Tagesbildungsstätten weiterentwickeln. Bildung stärken - Zukunft sichern. JETZT!“

Worum geht es?

Tagesbildungsstätten in Niedersachsen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Ab Sommer 2027 droht vielen Schüler*innen der Verlust ihres vertrauten Lernorts, da eine rechtssichere und verlässliche Perspektive bislang fehlt.

Wer lernt an Tagesbildungsstätten?

Rund 3.000 Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung erfüllen ihre Schulpflicht an Tagesbildungsstätten in Niedersachsen. Die Kinder und Jugendlichen gehören zum Personenkreis der Eingliederungshilfe. Viele von ihnen benötigen umfassende Unterstützung in Bildung, Kommunikation, Pflege und sozialer Teilhabe.

Wer arbeitet an den Tagesbildungsstätten?

An Tagesbildungsstätten arbeiten multiprofessionelle Teams, die gemeinsam Verantwortung für Bildung, Förderung und Teilhabe übernehmen. Die Qualifikation des Personals ist in der Regel-Leistungsbeschreibung verbindlich geregelt. Viele Mitarbeitende verfügen über langjährige Erfahrung und spezifische Fachkenntnisse in der Förderung und Bildung mit Kindern und Jugendlichen mit komplexem Unterstützungsbedarf.

Was ist das Problem?

Tagesbildungsstätten erfüllen einen Bildungsauftrag gemäß dem Niedersächsischen Schulgesetz, gelten aber rechtlich nicht als Schulen. Sie werden derzeit ausschließlich über die Eingliederungshilfe finanziert – das ist laut Gerichtsurteilen rechtswidrig. Die Landkreise und kreisfreien Städte als Kostenträger fordern eine rechtssichere Lösung vom Land – andernfalls droht der Rückzug aus der Finanzierung.

Was bisher unternommen wurde – und warum reicht das nicht?

Die Landesregierung kündigte 2021 an, Tagesbildungsstätten auf Wunsch in Förderschulen zu überführen. Ein Entschließungsantrag des Landtags vom Juni 2024 forderte u. a.:

- Klärung von Zuständigkeiten und Finanzierung
- Anerkennung und Qualifizierung des Personals
- Sicherstellung der Ferienbetreuung
- Einrichtung regionaler Planungsgruppen

Erste Maßnahmen:

- Sondierungsgespräche durch die Regionalen Landesämter
- Regionale Planungsgruppen in den Landkreisen
- Entwicklung von fünf Szenarien zur Weiterentwicklung durch das Kultusministerium

Diese Maßnahmen sind bislang unverbindlich und reichen nicht aus. Die Verantwortung wird zwischen Land und Kommunen hin- und hergeschoben – auf Kosten der Schüler*innen, Familien und Fachkräfte.

Was wird gefordert?

- Anerkennung von Tagesbildungsstätten als Schulen im Sinne des NSchG
- Zugang zu Landesfinanzhilfen – ohne Wartefrist
- Faire Kostenaufteilung zwischen Land und Eingliederungshilfe
- Anerkennung des Personals als Lehrkräfte
- Systematische Personalentwicklung und Qualifizierungsangebote
- Verbindliche gesetzliche Regelungen zur Weiterentwicklung

Fazit

Die Zukunft der Tagesbildungsstätten betrifft uns alle: Land, Kommunen, Eingliederungshilfe, Schulen, Fachkräfte – und vor allem die Schüler*innen und ihre Familien. Es braucht jetzt politische Entschlossenheit, um Bildung und Teilhabe zu sichern.

Aufruf: Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V.
Foto: Lebenshilfe/David Maurer